

CDU-Ministerpräsidenten-Kandidat

Dr. Helmut Linssen:

PDS muß vom Verfassungsschutz beobachtet werden

Wer einen Blick wirft in die Verfassungsberichte der letzten Jahre, der erkennt sofort, daß die Extremismusgefahr in Deutschland nach wie vor akut ist. Gefahr droht nicht nur vom linken und rechten Rand, sondern auch vom relativ neuen Phänomen des Ausländerextremismus.

Der Linksterrorismus der RAF, lange Zeit unsere Hauptsorge, gehört keinesfalls der Vergangenheit an, sondern wird von einer neuen Generation von Terroristen fortgeführt. Die sogenannten antiimperialistischen Zellen werden in ihren Aktionen zunehmend professioneller und brutaler. Bisher konnte man weder ihre Rädelsführer noch die handelnden Personen der Anonymität entreißen.

Die größte Sorge im linksextremistischen Spektrum bereitet jedoch das Erstarken des Kommunismus in Gestalt der PDS, die zunehmend zu dem Sammelbecken im linksextremistischen Bereich wird, zu dem auf dem rechten Rand die Republikaner zu werden drohen. Vertreter von DKP, KPD, MLPD und anderer linker Splittergruppen tummeln sich mittlerweile in der PDS. Mindestens 5000 Anhänger der „Kommunistischen Plattform“ treten offen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. 90 Prozent der 130000 Mitglieder der PDS gehörten früher der regierenden SED-Unrechtspartei an, die in der ehemaligen DDR 40 Jahre lang unsere

Landsleute unterdrückt, ausgebeutet, geknechtet und ermordet hat.

Dies alles schreit geradezu danach, zumindest eine Beobachtung dieser Organisation durch den Verfassungsschutz anzuordnen, wie wir das beantragt haben. Seltsamerweise vermag der Innenminister unseres Landes Nordrhein-Westfalen sich jedoch zu Maßnahmen gegen die PDS nicht durchzuringen. Wer extremistisches Gedankengut gleich welcher Art verbreitet, gehört beobachtet und vielleicht sogar verboten. Dies gilt aber für Links wie für Rechts in gleicher Weise!

Von der CDU jedenfalls kann niemand behaupten, daß sie auf dem rechten Auge jemals blind gewesen sei. Wir haben die Beobachtung der Republikaner in Nordrhein-Westfalen von Anfang an unterstützt und gutgeheißen und wir werden auch in Zukunft wachsam bleiben, denn auch die Gefahr des Rechtsextremismus ist nach wie vor akut.

Die Zahl der registrierten Rechtsextremisten hat sich von 1983 bis 1993 von 20000 auf gut 40000 mehr als verdoppelt. Diese

Verdoppelung ist auch nicht einfach allein mit der deutschen Wiedervereinigung zu erklären oder zu entschuldigen. Es bleibt das Faktum, daß rechtsextremistisches, nationalsozialistisches Gedankengut in Teilen der Bevölkerung wieder salonfähig geworden zu sein scheint.

Auch und gerade weil es sich bei diesen Rechtsradikalen um eine Minderheit verblenderter, verbohrtter Jugendlicher handelt, von denen auch noch 80 Prozent jünger als 20 Jahre sind, sind alle politisch Verantwortlichen und alle im Sicherheitsbereich Tätigen gefordert, den Anfängen zu wehren. Hier sind aber auch die Familien, die Schulen und Vereine, die Medien sowie die Kirchen gefordert.

Wir alle müssen klare Werte und Normen vorgeben und vorleben, um besonders Kinder und junge Menschen — vor allem in den neuen Bundesländern — nicht der Desorientierung anheimzugeben.

Zu Links- und Rechtsextremismus kommt eine dritte Gefahr, die zunehmend ernstzunehmen ist — der Ausländerextremismus. Die Gewaltaktivitäten extremistischer Ausländer haben sich zwischen 1991 und 1993 mehr als verdreifacht. Auf deutschem Territorium kämpfen Kurden gegen Türken, Kroaten gegen Serben, bekriegen sich Fundamentalisten, Kommunisten und Nationalisten. Die Terrororganisation PKK besitzt hier ihr logistisches Zentrum und gewinnt durch Drogenhandel die Mittel zur Fortführung ihres Guerillakrieges.

Am Beispiel der PKK zeigt sich auch ein weiteres neues und gefährliches Phänomen — die Verbindung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. Diese unselige Verbindung stellt uns vor völlig neue Probleme, da hier unser althergebrachtes Schema der strikten Trennung

von Extremismusbekämpfung und Kriminalitätsbekämpfung nicht mehr funktioniert. Wenn Terrorismus und organisierte Kriminalität zusammengehen, dann müssen die Kompetenzen und die Zusammenarbeit von Polizei, Verfassungsschutz und Geheimdienst auch neu geordnet und ausgerichtet werden.

Wir müssen alle Kräfte bündeln und gemeinsam verhindern, daß in unserem Land verweilende Ausländer auf unseren Straßen ihre heimatlichen Konflikte austragen und ihre Aktivitäten auch noch durch den Verkauf von Drogen an unsere Kinder und Jugendlichen finanzieren. Ich sage ganz deutlich: Diese Entwicklung werden wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen!

Und wenn die Türkei im Falle abzuschiebender Kurden eindeutige Sicherheitsgarantien gibt — nach allen Erkenntnissen des deutschen Auswärtigen Amtes können Kurden in der Westtürkei übrigens seit Generationen unbehelligt und sicher leben —, dann sage ich hier ganz deutlich: Eine nochmalige Verlängerung des Abschiebestopps für Kurden über Mitte März hinaus stößt auf den Widerstand der nordrhein-westfälischen CDU. Wer unser Gastrecht mißbraucht und sich strafbarer Handlungen schuldig macht, der hat in Deutschland nichts mehr verloren! Der muß sich von vornherein darüber im klaren sein: Er wird unverzüglich abgeschoben!

In einem müssen wir uns alle einig sein: Extremismusbekämpfung verträgt weder gesellschaftliche Tabus noch ideologische Scheuklappen. Die demokratischen Parteien dürfen über dem alltäglichen Streit zu keinem Zeitpunkt vergessen, daß der demokratische Rechtsstaat ihre gemeinsame Basis ist.

Herbert Reul:

Notenfreie Grundschule ist Irrweg zu Lasten unserer Kinder

Die nordrhein-westfälische CDU hat Pläne aus dem NRW-Kultusministerium, in Nordrhein-Westfalen die notenfreie Grundschule einzuführen, scharf kritisiert. „Ich kann das Kultusministerium nur dringend warnen, jetzt auch noch den letzten Schritt zu tun und in der Grundschule die Noten komplett abzuschaffen. Dies wäre ein verhängnisvoller Irrweg zu Lasten unserer Kinder“, so CDU-Generalsekretär Herbert Reul zu Berichten über die Pläne des Kultusministeriums.

„Schule in unserer Gesellschaft muß eine humane Leistungsschule sein, die unsere Kinder behutsam auf unsere soziale Leistungsgesellschaft vorbereitet. Schule darf nicht an der Wirklichkeit vorbeiarbeiten. Wer Kindern in der Grundschule komplett die Noten vorenthält, verhindert, daß sie langsam lernen, mit Erfolgen, aber auch Mißerfolgen umzugehen. Kinder müssen schon in der Grundschule den verantwortungsvollen Umgang mit Noten lernen.

Es gibt kein objektiveres Leistungskriterium in der Schule als Noten. Objektiver als Beurteilungen und Gutachten, in die in einem viel stärkeren Maße subjektive Urteile und Fehlinterpretationen hineingeschrieben werden können, sind sie allemal“, erklärte Reul.

Der CDU-Generalsekretär betonte, daß die notenfreie Grundschule nur ein weiterer Eckpfeiler hin zu einer völlig neuen

Ausrichtung von Schule sein solle. „Ziel linker Bildungspolitik war immer die Zerstörung des differenzierten Leistungsschul-Systems mit kontinuierlicher Notengebung, um statt dessen ein integratives einheitliches Schulsystem, in dem der klassische, bewertbare Leistungsbegriff keine Rolle mehr spielt, zu installieren. Dies gelingt aber nur, wenn man einen zentralen Eckpunkt dieses Systems, die Notengebung, eliminiert. Die Abschaffung der Noten in der Grundschule ist ein weiterer zentraler Schritt auf diesem Weg.

Der CDU-Politiker kritisierte darüber hinaus die Art und Weise, wie nun das Ziel notenfreie Grundschule durch die linken Bildungsideologen in der SPD und das Kultusministerium angepeilt würde. „So haben wir das in Nordrhein-Westfalen bei vielen zentralen schulpolitischen Weichenstellungen schon oft erlebt. Zunächst wird ein Modellversuch gestartet. Der wird dann im einschlägig bekannten Landesinstitut in Soest ausgewertet und noch von einigen linken Bildungsprofessoren mit Begutachtungen geadelt. Dann steht der Einführung als Regelfall in der nordrhein-westfälischen Schullandschaft nichts mehr im Wege. Dies ist ein unmögliches Verfahren. Diese Versteckspielstrategie bei so einer zentralen Frage ist nicht hinnehmbar. Wir brauchen in diesem Land endlich eine offene und breite Diskussion über die Zukunft von Schule in NRW“, erklärte Reul. ■

Dr. Helmut Linssen begrüßt Ergebnis
der Konsensgespräche

„Erster Schritt zu gemeinsamer Energiepolitik“

Als „ersten erfolgreichen Schritt zu einer gemeinsamen Energiepolitik, die vom Bund und allen Ländern getragen wird“, hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Helmut Linssen, die ersten Ergebnisse der Energiekonsensgespräche bezeichnet.

Linssen zeigte sich zuversichtlich, daß die noch offenen Fragen in den kommenden Wochen geklärt werden könnten. „Insbesondere bei der Koks-kohlenbeihilfe gehe ich davon aus, daß die SPD auch in Nordrhein-Westfalen ohne Rücksicht auf

den Wahlkampf meinem Vorschlag folgen wird, einen Finanzierungsschlüssel von 60 Prozent Bund und 40 Prozent Land festzulegen.“

Linssen betonte, daß die weiteren Gespräche „das Ziel nicht aus den Augen verlieren dürfen, einen ökologisch und ökonomisch sinnvollen Energiemix für die Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, und dazu gehört auch — gerade im Interesse des Schutzes der Erdatmosphäre — der Einsatz der Kernenergie“.

FDP: Willen zum Wechsel dürfen sich Union und FDP nicht verschließen

Auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP hat sich der FDP-Landesvorsitzende, Joachim Schultz-Tornau, im Falle einer Parlamentsmehrheit zu einer Koalition zwischen CDU und FDP bekannt. Wörtlich sagte der FDP-Politiker in Köln: Käme es im Landtag auch nur zu einer Mehrheit von einer Stimme von CDU und FDP, dann bedeutete dies einen gewaltigen politischen Erdbeben, der nur eine Deutung zuließe: Die Wähler wollen den Wechsel, und diesem Willen dürfen sich dann weder Union noch FDP verschließen.